



DIE LANDESVERBÄNDE  
BREMEN,  
HAMBURG,  
MECKLENBURG-VORPOMMERN,  
NIEDERSACHSEN UND  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

## **Entschlossen für Norddeutschland – Für mehr Engagement beim deutschen Hochwasser- und Küstenschutz**

*Gemeinsame Forderungen der norddeutschen CDU-Landesverbände*

### **1) Einleitung**

Die vergangenen Wochen und Monate haben Norddeutschland vor erhebliche Herausforderungen im Bereich des Hochwasser- und Küstenschutzes gestellt. Die jüngsten Extremwetterereignisse verdeutlichen die Notwendigkeit, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung vor den immer gravierenderen Folgen des Klimawandels und den damit verbundenen Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen zu schützen.

Norddeutschland ist in besonderer Weise von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Ein insgesamt verändertes Klimamuster und eine Zunahme von Extremwetterereignissen, darunter heftige Regenfälle und Sturmfluten, sind dafür deutliche Anzeichen. Die Häufung dieser Ereignisse stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung dar. Die steigenden Temperaturen und der Anstieg des Meeresspiegels führen zu einer erhöhten Gefahr von Hochwasser an den Küsten und erfordern eine umfassende Anpassung der Schutzmaßnahmen. Die jüngsten Ereignisse an der Ostsee und im Binnenland haben uns ebenfalls die drohenden Gefahren und den Handlungsbedarf deutlich vor Augen geführt. Diese Situation erfordert nicht nur kurzfristige Sofortmaßnahmen, sondern auch eine langfristige Strategie, um Norddeutschland widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

## **2) Erhöhung und Modernisierung der Deiche – Wassermanagement proaktiv einsetzen**

Küstenschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Beide Seiten müssen ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden. Küstenschutzmaßnahmen müssen in Norddeutschland fortlaufend und mit Nachdruck realisiert werden, um die Küstenlinie nachhaltig auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Dies schließt auch Küstenschutzmaßnahmen an weiteren Küstenabschnitten ein. Dabei müssen wir auch neue flexible, naturbasierte und klimafeste Sicherungstechniken zulassen. Soweit notwendig, müssen Deiche – ggf. auch unter Zurückstellung von Belangen des Naturschutzes – erhöht werden. Um die Sicherheit der in den Küstenregionen lebenden Menschen in Norddeutschland zu sichern, ist es notwendig, zügig die Küstenschutzanlagen instand zu setzen, um für nächste Sturmfluten gewappnet zu sein. Hierfür bedarf es zügiger Genehmigungsverfahren, des Einsatzes von EU-, Bundes- und Landesgeldern.

Der Bund fördert den Küstenschutz über die GAK-Mittel (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“). Die in diesem Topf zur Verfügung stehenden Mittel können zum Neubau und zur Verstärkung von Deichen eingesetzt werden; Instandhaltung und Reparatur sind indes nicht über diese Mittel möglich. Angesichts der schweren Sturmflut- und Hochwasserschäden mit stark beschädigten Deichen muss der Förderzweck dringend auf die Abdeckung von Instandhaltung und Reparatur erweitert werden. Mittel- und langfristige muss entweder der GAK-Fördertopf finanziell besser ausgestattet werden oder ein weiterer Bund-Land-Fördertopf zur Instandhaltung und Reparatur von Deichen eingerichtet werden.

Die Deiche an den norddeutschen Küsten und im Binnenland müssen bei Bedarf erhöht und schrittweise flächendeckend auf den neuesten technischen Stand gebracht werden. Dabei ist in besonders gefährdeten Lagen die Einführung von "Drei-Zonen-Deichen" und der Ausbau von Landesschutzdeichen zu prüfen. Alle Hochwasserschutzanlagen müssen auf ihre

Leistungsfähigkeit überprüft und ggf. ertüchtigt oder erweitert werden, wobei der Bevölkerungsschutz Priorität genießt. Bereits vorliegende Hochwasserschutzpläne müssen überarbeitet und um langfristige Maßnahmen ergänzt werden.

Neben Deichen bedarf es eines klugen ressourcen- und klimaschonenden Wassermanagements, das mit einem leistungsfähigen Be- und Entwässerungssystem auch extreme Wasserlagen bewältigen kann. Dort wo Retentionsflächen geschaffen werden, bedarf es der finanziellen Entschädigung von Flächeneigentümern als

### **3) Bevölkerungs-, Natur- und Umweltschutz in einen Ausgleich bringen**

Die Pflege von Gewässern und Hochwasserschutzanlagen muss konsequent am Ziel des Bevölkerungsschutzes ausgerichtet werden. Hierbei ist besonders auf die Freihaltung der Deiche von Gehölzbewuchs, die konsequente Bekämpfung von Bauten grabenden Tieren sowie die Förderung der Beweidung von Deichen zu achten. Des Weiteren ist die Bereitstellung von Sand, für die Aufspülung von Dünen, zu gewährleisten. Für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes müssen Ausgleichsvorgaben für Eingriffe in den Naturhaushalt außer Kraft gesetzt werden. Letzteres setzt ein am Ziel des Deich- und Bevölkerungsschutzes ausgerichtetes Wolfsmanagement voraus, das schnellstmöglich zu implementieren ist.

Bevölkerungsschutz, Naturschutz und Tourismus sind in einen Einklang zu bringen, wie dies beispielsweise an der Nordseeküste gut gelingt. Küstenschutzbaumaßnahmen stehen in einem überragenden öffentlichen Interesse: Bei Abwägungsfragen ist daher eine Vorrangigkeit zu gewährleisten. Sofern Umweltverträglichkeitsprüfungen die Dauer der Genehmigung und anschließenden Errichtung oder Ertüchtigung von Hochwasserschutzanlagen erheblich verzögern, sollten diese ebenfalls auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Die Zusammenarbeit mit Eigentümern, Bewirtschaftern und der kommunalen Ebene soll den Rückhalt von Wasser auf landwirtschaftlichen Flächen verbessern, denn für eine erfolgreiche Wasserzurückhaltung sind wir auf das Eigentum von Landwirten angewiesen, die für ihre Einbußen auch angemessen entschädigt werden müssen. Faire Ausgleichsmodelle für Einschränkungen und Belastungen sind zu entwickeln und verlässlich zu finanzieren.

#### **4) Ausstattung und Ausbildung von Behörden, Feuerwehren und Rettungsdiensten**

Die Ausstattung der Katastrophenschutzeinrichtungen und Ausbildung der Katastrophenschutzeinheiten müssen verbessert und noch besser an die Herausforderungen von Extremwetterereignissen angepasst werden. Innovative Lösungen wie mobile Deichsysteme müssen in ausreichender Zahl beschafft werden. Die Hochwasservorhersage muss durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz weiter verbessert sowie Frühwarnsysteme müssen verstärkt genutzt werden. Darüber hinaus ist es zwingend geboten, die Bevölkerung präzise über Sturmfluten, Binnenhochwasser und Starkregen zu informieren und die Gefahrenpotentiale von Extremwetterereignissen aufzuzeigen. Konkrete Handlungsempfehlungen für den Ernstfall und zielgerichtete Vorsorgemaßnahmen zum frühzeitigen Schutz vor Wassergefahren sind eine zentrale Aufgabe des Staates. Daher fordern wir den Bund auf, die finanziellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen. In den staatlichen Behörden muss ausreichend Personal vorgehalten werden, um Küstenschutzanlagen zu pflegen und Instandhalten zu können.

#### **5) Betroffene schnell und unbürokratisch unterstützen**

Die vergangenen Extremwetterereignisse haben noch einmal deutlich aufgezeigt, dass viele Menschen angesichts der durch den Klimawandel verstärkten und in zunehmender Zahl vorkommenden Extremwetterlagen einem erheblichen finanziellen Risiko gegenüberstehen. Neben der Aufgabe der staatlichen Institutionen zur Risikoprävention braucht es die Eigenverantwortung der Grundeigentümer, ihre Werte individuell abzusichern.

Deshalb ist eine bundesgesetzliche Regelung über eine Pflicht zum Abschluss einer Elementarschadenpflichtversicherung zwingend erforderlich. Hier ist der Bund gefordert, endlich einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Ein solcher muss insbesondere auch Aussagen dazu enthalten, wie der finanzielle Aufwand für private Haushalte in zumutbaren Grenzen gehalten und zugleich der Schutz vor existenzbedrohenden Belastungen im Schadensfall sichergestellt werden kann.

Dort, wo sich Menschen nicht selbst schützen können, muss der Staat sie vor untragbaren Härten schützen. Das kann nie ein Rundum-sorglos-Schutz sein, aber unverschuldet erlittene Not nach Naturkatastrophen darf keine persönlichen und beruflichen Existenzen gefährden. Dafür erwarten wir von der Bundesregierung eine vorbeugende Planung, die schnelle und unbürokratische Hilfen nach Naturkatastrophen ermöglicht: Wir brauchen einen Fonds für Katastrophenlagen, aus dem schnell und unbürokratisch Mittel in die betroffenen Gebiete fließen können. Darüber hinaus erwarten wir schnellere Verständigungen mit dem Bundesfinanzministerium über Katastrophenerlasse zu steuerlichen Erleichterungen wie Stundungen, Rücklagenbildungen, Sonderabschreibungen und verringerten Nachweispflichten, damit Geschädigte nicht durch ein am Normalfall ausgerichtetes Besteuerungsverfahren zusätzlich unbillig belastet werden. Hängepartien und reine Lippenbekenntnisse des SPD-Bundeskanzlers nach den verheerenden Sturmfluten und den Extremhochwassern darf es in Zukunft nicht mehr geben. Wer wie Olaf Scholz Unterstützungszusagen macht, hat diese einzuhalten.

## **6) Finanzierung**

Dimension und Dringlichkeit des Hochwasser- und Küstenschutzes wurden uns zuletzt durch Oktobersturmflut und Weihnachtshochwasser 2023/2024 noch einmal deutlich vor Augen geführt. Ernstzunehmende Zweifel an der zunehmenden Bedeutung der Klimafolgen-Vorsorge gibt es schon lange nicht mehr. Es muss jetzt gehandelt werden. Die CDU in den norddeutschen Ländern weist auf die nationale Bedeutung und Verantwortung dieser Aufgabe hin und fordert vom Bund daher nachdrücklich eine angemessene und verlässliche Finanzierung. Die

Länder- und Kommunalhaushalte sind mit dieser finanziellen Kraftanstrengung in alleiniger Verantwortung überfordert. Daher muss der Bund zum Beispiel die Kosten für den Wiederaufbau von beschädigten Deichen übernehmen und diese Ausgaben auch dauerhaft festschreiben.

## **7) Fazit**

Die Zunahme von Extremwetterereignissen und der Meeresspiegelanstieg sind keine abstrakten Bedrohungen mehr, sondern konkrete Realität. Norddeutschland, mit seiner ausgedehnten Küstenlinie und seinen flachen Landschaften, ist besonders anfällig für die Veränderungen des Klimas. Diese beeinflussen die Ökosysteme entlang der Küstenlinie und bedrohen einzigartige Lebensräume wie das Wattenmeer; sie gefährden aber auch Siedlungen und Infrastrukturen entlang der Küsten und damit auch bedeutende Teile unserer volkswirtschaftlichen Lebensadern. Gleiches gilt für das Binnenland, wie das vergangene Weihnachtshochwasser eindrücklich gezeigt hat. Norddeutschland ist unmittelbar von diesen Entwicklungen betroffen; es ist daher unerlässlich, die Maßnahmen im Küstenschutz den sich verändernden Realitäten anzupassen.

Die CDU-Verbände in Norddeutschland fordern eine umfassende, koordinierte und langfristige Strategie im Hochwasser- und Küstenschutz, die die bereits verabschiedete Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung um diese Themenfelder erweitert. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund muss gestärkt werden, insbesondere durch eine vertragliche Absicherung der finanziellen Unterstützung. Die Anpassung an den Klimawandel erfordert eine konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Nur so können wir die Sicherheit und Lebensqualität der Bevölkerung in Norddeutschland langfristig gewährleisten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen zusammenarbeiten, um die Herausforderungen des Klimawandels effektiv anzugehen und die Resilienz Norddeutschlands gegenüber den sich verändernden Umweltbedingungen zu erhöhen.